

Medienmitteilung

Luzern, 23. November 2023

KGL trägt neue Motorfahrzeugsteuer mit und verzichtet auf Referendum

Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL) hatte im Rahmen der Vernehmlassung Teile der geplanten Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer kritisiert. Nach der ersten Beratung durch den Luzerner Kantonsrat stand nun die Frage im Raum, ob der KGL bei einer Verabschiedung des Gesetzes im Dezember das Referendum ergreifen sollte. Der Vorstand hat nun entschieden, dass er weiterhin an der ökologischen Wirksamkeit des Gesetzes zweifelt, dass er ein Referendum aber für unangemessen hält.

Im Rahmen der Vernehmlassung zur geplanten Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer hatte der KGL der neuen Bemessung auf Grund von Gewicht und Leistung zugestimmt. Kritisch war er gegenüber dem Bonus-Malus-System. Er sah darin einen staatlichen Eingriff in einen sehr komplexen Sachverhalt und eine vielschichtige Thematik. Notgedrungen komme es dabei zu ungewollten Verzerrungen und zu Benachteiligungen von an sich korrektem Verhalten.

Zudem hielt er die Bonus-Malus-Beträge im Verhältnis zu den Preisdifferenzen zwischen fossil- und elektrisch-betriebenen Fahrzeuge für zu gering, um damit die angestrebte Beschleunigung des Umstiegs auf Elektroautos wirklich zu erreichen.

Der Verband nimmt aber zustimmend zur Kenntnis, dass das Gesamtvolumen der Steuer nicht ausgeweitet und dass ein Verursacherprinzip angestrebt wird. Die Zahlen des Kantons bezüglich der Betroffenheit der Autohalter sind auf Grund der komplexen Faktenlage zwar wenig aussagekräftig. Aber der KGL vermutet, dass eine Mehrheit der Arbeitnehmenden von einem Bonus profitieren bzw. mit einem gleichbleibenden Steuerbetrag rechnen kann. Dies gilt auch für die Luzerner KMU. Bei den in den Betrieben eingesetzten Personenwagen handelt es sich mehrheitlich um Fahrzeuge der Unter- und Mittelklasse, welche vom Bonus am meisten profitieren. «Da zudem die Lieferwagen und Kleintransporter vom System ausgenommen sind, sind die Luzerner KMU vom Gesetz letztlich kaum betroffen», hält KGL-Direktor Gaudenz Zemp fest.

An seiner Sitzung von gestern Mittwoch entschied der Vorstand, dass er an seiner im Rahmen der Vernehmlassung definierten Kritik am Gesetz grundsätzlich festhält. Er erachtet aber in einer Gesamtsicht das Gesetz nicht als nachteilig für die Luzerner KMU-Wirtschaft. Deshalb trägt er die geplante Steuer mit und verzichtet auf ein Referendum. «Wichtig ist dem KGL, dass die Luzerner Regierung bei ihren Entscheiden auf Verordnungsebene die KMU-Wirtschaft im Blickfeld behält», führt Zemp aus. Zudem plädiere der Verband für eine zielstrebige Förderung der Weiterentwicklung der Lade-Infrastruktur für Elektroautos und eine höchstmögliche Sicherheit bei der Stromversorgung. Er sieht darin die wirksamste Beschleunigung der Elektrifizierung der Fahrzeugflotte.

Kontakt:

Gaudenz Zemp, Direktor KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern

079 340 85 79

gaudenz.zemp@kgl.ch